

Schlämme kommt, solle dichter werden und mineralisch sein, also auch aus Ton oder Lehm bestehen. „Nach der aktuellen Planung wird mehr Wasser versickern als es eigentlich müßte“, wird Hans-Dieter Barth zitiert. Mit den Folgen, daß wohl über Jahrzehnte das eindringende Wasser gefaßt und gereinigt werden müsse. Dabei sei eine

möglichst trockene Verwahrung der Schlämme das erklärte Ursprungsziel der Sanierung gewesen, erinnert der Umweltkreis.

In Culmitzsch lagern 85 Millionen Kubikmeter giftige Schlämme, deren radioaktives Langzeitpotenzial der Umweltkreis mit dem niedersächsischen Atommülllager Asse

vergleicht. Es entstehe Deutschlands größte radioaktive Deponie – im Abstand von lediglich 200 Metern zum nächsten Dorf. „Die Menschen der Region müssen damit leben und das für die nächsten Jahrhunderte“, betonte Hans-Dieter Barth.

Man habe jetzt schon eine Riesendeponie, es komme ja

nichts mehr hinzu, heißt es in einem Kommentar zu Schmidtkes Beitrag in der OTZ. Die Anwohner würden es nicht anders kennen und die Wismut mache „Sanierung“. Daher finde es wohl dort auch niemand merkwürdig, neben einem Endlager zu wohnen. ●

Atommüll

Die Entsorgung des radioaktiven Abfalls aus der Urananreicherungsanlage Gronau ist ungeklärt

Die Urananreicherungsanlage in Gronau produziert große Mengen abgereichertes Uran, über deren abschließende Entsorgung bisher nicht entschieden wurde. Ein Konzept zur Endlagerung existiert nicht und Vorsorgemaßnahmen zur Entsorgung sind bisher nicht erkennbar. Dabei fallen bei voller Produktionsauslastung in Gronau jährlich mehrere Tausend Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid an und vergrößern so den Atommüllberg der Bundesrepublik Deutschland. Darauf wies die Bundestagsfraktion Die Linke zuletzt in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung hin (Bundestagsdrucksache 17/14061).

Die Bundesregierung hatte in

ihrer Antwort auf eine vorhergehende Kleine Anfrage zur Lagerung von Uran in Gronau mitgeteilt, daß der „atomrechtlichen Aufsichtsbehörde jährlich ein Verbleibsnachweis von Tails für sechs Jahre im Voraus vorzulegen ist. Die Prüfung dieses Verbleibsnachweises durch die atomrechtliche Aufsichtsbehörde beinhaltet auch die Frage der Verwertung oder Entsorgung des abgereicherten Urans“.

Die Bundesregierung hatte ferner mitgeteilt, daß es derzeit für eine Endlagerung des in Gronau anfallenden abgereicherten Urans im Falle einer Nichtverwertung keine Endlagermöglichkeiten gibt. Im Schacht Konrad könne eine Lagerung nicht erfolgen,

weil dieses Atommülllager „für die in Rede stehende Menge von abgereichertem Uran nicht ausgelegt“ sei. Und es sei auch noch nicht entschieden worden, inwieweit „im Rahmen einer Eventualplanung diese Stoffe in einem nationalen Entsorgungsprogramm gemäß EU Richtlinie 2011/70/EURATOM aufgenommen werden sollten“. Zur Stilllegung der Urananreicherungsanlage und zur Entsorgung des angefallenen Atommülls teilte die Bundesregierung mit, daß der Gemeinsame Ausschuß über die URENCO „bei potentiellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Firma rechtzeitig über notwendige Maßnahmen berät“. Außerdem wurde mitgeteilt: „Für die Stilllegung und Entsorgung wurden und werden Rückstellungen gebildet. Dies ist auch bei einer sich ändernden Konzernstruktur zwingend.“

Auf erneute Nachfrage teilte die Bundesregierung nun mit

(Bundestagsdrucksache 17/14341 vom 8. Juli 2013), Sie könne keine Auskunft darüber geben, ob in dem geplanten Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle auch andere Arten von radioaktiven Abfällen eingelagert werden können. Dies hänge von der gewählten Endlagerform ab, erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort an die Fraktion Die Linke. Hinsichtlich des abgereicherten Urans führt die Regierung weiter aus, daß dieses als radioaktiver Abfall im Nationalen Entsorgungsprogramm berücksichtigt werden solle, falls es nicht schadlos verwendet werden könne. Auf Fragen zu den zu erwartenden Mengen an Atomabfällen aus der Anlage in Gronau reagierte die Bundesregierung abwehrend, hinhaltend und ausweichend.

Bundestagsdrucksache 17/14341 vom 08.07.2013,
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/143/1714341.pdf> ●

Atommüll

Die großen Umweltverbände Greenpeace, BUND und Robin Wood nehmen nicht an der Kommission zur Vorbereitung der Endlagersuche teil

Einige Umweltverbände fordern noch mehr Bedenkzeit im Endlager-Suchprozess

Einige Umweltverbände benötigen eine längere Bedenkzeit für die Entscheidung, an

der „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ teilzunehmen oder nicht. Das

meldete der Deutsche Naturschutzring (DNR) am 16. August 2013 an den Deutschen Bundestag.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Robin Wood und Greenpeace hatten zuvor bereits beschlossen, an der Kommission nicht teilzunehmen, wird in einer gemeinsamen Presseerklärung der Umweltverbände vom 19. August 2013 mitgeteilt. „Nach diesem Start haben wir kein Vertrauen in die Kommission“, begründet der Leiter

des Greenpeace-Energiebereiches Thomas Breuer diesen Schritt. „Das Vorgehen der Bundesregierung widerspricht unserem Verständnis einer ernst gemeinten ergebnisoffenen und transparenten Suche nach einem Endlager“, sagt auch BUND-Geschäftsführer Olaf Bandt.

Bürger und Verbände seien viel zu spät und in viel zu geringem Umfang in den bisherigen Prozeß eingebunden worden. Greenpeace, BUND und Robin Wood werden die